



FDP-Fraktion \* Rathausallee 62 \* 22846 Norderstedt

An den  
Vorsitzenden des Hauptausschusses  
Herrn Peter Holle

Im Hause

**Fraktion in der  
Stadtvertretung Norderstedt**  
Rathausallee 62  
22846 Norderstedt

Telefon: 040 53595 -511  
Mobil: 0171/4570046  
E-Mail: fraktion@fdp-norderstedt.de

FDP Norderstedt im Internet:  
<http://www.fdp-norderstedt.de>

Norderstedt, den 11.04.2023

### **Antrag der FDP-Fraktion zur Sitzung des Hauptausschusses am 24.04.2023**

Sehr geehrter Herr Holle,  
die FDP-Fraktion bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung zur Sitzung des Hauptausschusses am 24.04.2023 zu setzen:

#### **Tagesordnungspunkt:**

#### **Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Norderstedt**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Norderstedt wie folgt zu ändern:

1. §2(2): Im übrigen Stadtgebiet beträgt die Gebühr je Tag 2,00 Euro / je Woche 10,00 Euro / je Monat 20,00 Euro / jährlich 200,00 Euro.
2. Hinzugefügt wird im §2(2): Für ein gebührenfreies Kurzparken bis 15 Minuten ist mit einer „Brötchentaste“ ein Parkschein zu lösen.

#### **Sachverhalt:**

Seitdem vor über sieben Monaten die neue Parkraumbewirtschaftung auf den städtischen Parkflächen und in den städtischen P+R-Anlagen eingeführt wurde, hat sich die Parkplatzsituation massiv verschlechtert. Auf der einen Seite stehen die P+R-Anlagen zur Hälfte leer, auf der anderen Seite werden die anliegenden Wohnquartiere rücksichtslos zugeparkt und der fließende Verkehr wird dort teilweise stark behindert. Für diese Situation muss Abhilfe geschaffen werden.

Der hier vorgeschlagene Gebührensatz stellt einen Versuch für eine Verbesserung der Situation dar. Die Entwicklungen sollten dabei weiter beobachtet werden, um gegebenenfalls weitere Anpassungen der Gebühren vornehmen zu können. Nach Berechnungen der Verwaltung wird auch mit dieser geringeren Gebührenfestsetzung die Umsetzung der beschlossenen Parkraumbewirtschaftung, welche ja lediglich eine Lenkung und keine zusätzlichen Einnahmen bewirken sollte, noch kostendeckend erfolgen können. Ferner soll der geringere Gebührensatz gewährleisten, dass es weiterhin eine gute Akzeptanz der P+R-Anlagen gibt, dass die Bürger weiterhin den ÖPNV für die Fahrten in die City nutzen und dass nicht weiterhin Parkplatzsuchverkehre in die Nebenstraßen ausweichen.

Tobias Mährlein - Fraktionsvorsitzender-